



- b a s a l t -



der grünrote landbote

01/2008 - Programmorschau - Mitteilungen - Meinungen - Tipps -

Atomausstieg jetzt - es reicht!

Je näher Menschen in der Nähe eines Kernkraftwerks wohnen, desto größer ist das Risiko, an Leukämie zu erkranken. Ganz besonders betroffen sind Kinder unter fünf Jahren. Das bestätigt eine Studie, die vom Bundesamt für Strahlenschutz in Auftrag gegeben wurde. Auslöser war eine Initiative der Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW), die nach einer gravierenden Häufung von Leukämieerkrankungen von Kindern in der Umgebung des AKW Krümmel im schleswig-holsteinischen Kreis Herzogtum Lauenburg Alarm schlug.

Die Studie weist nach, dass Kinder unter fünf Jahren eine um 60 Prozent höhere Krebsrate als allgemein üblich und ein um 120 Prozent erhöhtes Leukämierisiko haben. Untersucht wurden 16 Reaktorstandorte. Der Studienzeitraum umfasst 24 Jahre. Die Aussagefähigkeit der Studie unterscheidet sich von früheren Untersuchungen durch außerordentliche Exaktheit. So wurden erstmals genaue Angaben zur Entfernung eines Wohnorts vom Reaktor und zwar sowohl für erkrankte, als auch für nicht erkrankte Kinder in einer Fall-Studie berücksichtigt. Die Studie ist die genaueste, die je in Deutschland erstellt wurde. Die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen sieht den Zusammenhang zwischen Strahlenbelastung und Krebserkrankungen als eindeutig bewiesen. Nach Veröffentlichung der Studie erklärte sie: "Wer jetzt noch über Zufall spricht, macht sich lächerlich." Und sie fügte hinzu: "Das im europäischen Umweltrecht verankerte Vorsorgeprinzip gebietet es nun, die deutschen Atomkraftwerke umgehend stillzulegen." Anders reagierte der Bundesumweltminister. Die Untersuchungsergebnisse, so Gabriel, ließen keine Aussage über die Ursachen der Krebshäufigkeit zu. Er sehe keinen Zusammenhang zwischen Atomkraftwerken und Leukämie. Dieser Frage müssten weitere Untersuchungen nachgehen. In die erste Reihe der Abwiegler stellte sich auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, Katharina Reiche. Außer Angst zu

machen sei eine Zielrichtung der Studie nicht erkennbar. Und auch Angelika Brunkhorst, umweltpolitische Sprecherin der FDP, erklärte, Zahlen allein seien nicht ausreichend.



Es darf nicht zugelassen werden dass mit dieser Studie verfahren werde, wie mit anderen zuvor. Er forderte den Ausstieg aus der Kernenergie zum schnellstmöglichen Zeitpunkt und die volle Konzentration auf erneuerbare Energien. Bestätigt fühlt sich die Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch, die seit 17 Jahren auf die konkreten Vorfälle reagiert und eine Abschaltung von Krümmel fordert. Nun habe man endlich ein Ergebnis, das mit den Händen zu greifen ist, betonte ihr Sprecher Uwe Harden. Die Bürgerinitiative schließt sich darüber hinaus den Forderungen der Ärzte gegen den Atomkrieg an, die Grenzwerte, die viel zu hoch angesetzt sind, abzusenken. Außerdem müsse die Überwachung so ausgeweitet werden, dass viel mehr

Messstellen in der Nähe der Kraftwerke aufgestellt werden. In einem Fernsehinterview wies Harden auf Widerstände hin, weil bei der Frage der Konsequenzen aus einer solchen Studie "riesige Summen im Gespräch sind." In der jüngsten Zeit hatte vor allem Vattenfall durch Verbreitung von Unwahrheiten und Irreführungen der Öffentlichkeit Schlagzeilen gemacht und sogar den Zorn der schleswig-holsteinischen Umweltministerin Trauernich (SPD) hervorgerufen. Für Vattenfall und andere Konzerne geht es um Riesenprofite. Mehr als 30

Prozent des erzeugten Stroms wird von den Konzernen exportiert. Zu Wort meldete sich auch der frühere Direktor des Instituts für Toxikologie an der Christian Albrechts-Universität, Prof. Otmar Wassermann. Er war im Jahre 2004 mit vier anderen aus der Leukämie-Kommission der Landesregierung Schleswig-Holstein ausgetreten, weil er deren Unterstützung vermisste. Er hält bis heute an der These fest, dass eine radioaktive Verstrahlung der Umgebung die wesentliche Ursache für die Leukämie-Häufung in der Elbmarsch sei.

(bud)

Ausstieg aus der Atomkraft – die Auseinandersetzung zwischen neuem und altem Denken

Zur aktuellen Diskussion über die Nutzung der Atomenergie und die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller: Die Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomkraft ist geprägt von entschlossener oder ideologischer Vergesslichkeit. Dabei liegen rund 35 Jahre intensiver Debatte über die Nutzung der nuklearen Stromerzeugung hinter uns, die von einigen besonders merkwürdigen Kommentaren als "zivilisationskritische Subkultur" abgetan wird.

Der Ausstiegsbeschluss aus der Atomenergie war keine rigorose Willkür, sondern ein Kompromiss, um einen langen Streit zu beenden und die Weichen für eine moderne und nachhaltige Energieversorgung zu stellen. Die Argumente für die Neuordnung sind über eine lange Zeit gewachsen. Deshalb:

- Der geordnete Rückzug aus der Atomkraft aus dem Jahr 2001 blieb weit hinter dem zurück, was die Atomkraftgegner gefordert hatten. Es ist ein beschleunigtes Auslaufen.

- In den nächsten Jahren wird die Zahl der Atomkraftwerke in der Welt auf jeden Fall deutlich zurückgehen, viele der groß angekündigten Neubauten sind seit Jahrzehnten bekannt.

- 31 Staaten setzen auf Atomstrom. Allein seit 2001 haben 46 Staaten der Erde das deutsche Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien übernommen. Deren Planungen werden nach den Zielen des UN-Weltklimarates im Jahr 2020 weltweit rund doppelt so hoch liegen wie der nukleare Stromanteil.

- Die Alternativen sind davon gekennzeichnet, dass sie deutlich preiswerter werden, während die traditionellen Energieträger teurer werden.

- Natürlich gibt es kein Leben ohne Risiko, aber es geht bei der Atomkraft um die Frage, ob dieses Risiko erstens vertretbar und zweitens vermeidbar ist.

Dazu ist zu sagen:

- Erstens: Niemand bestreitet, dass der Sicherheitsstandard in Deutschland hoch ist, obwohl auch hier eine Vielzahl von



Atomkraftwerken Schwachstellen aufweisen. Aber auch für unser Land kann ein schwerer Unfall nicht ausgeschlossen werden. Die Explosion 2001 in Brunsbüttel war kritisch und auch die terroristischen

Gefahren dürfen nicht unterschätzt werden. Der Ablauf des Trafobrands und der Ausfall von Pumpen sind keine Kleinigkeit, die man als "Knallfrösche" abtun darf. Deshalb ist ein Vergleich des Risikos der Atomenergie mit Straßenoder Luftverkehr eine Verkennung der Dimension. Jede Risikobetrachtung hat zwei Seiten: Die Eintrittswahrscheinlichkeit und das mögliche Schadensausmaß. Die Vergleiche, die jetzt herangezogen werden, verniedlichen die Tatsache, dass ein GAU nicht ausgeschlossen werden kann und für unser Land katastrophale Folgen hätte..

- Zweitens: Wirtschaft und Gesellschaft sind nicht von der Atomkraft abhängig. Es gibt

Alternativen, die in der Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. Die Atomkraft ist ein Auslaufmodell – schon wegen der begrenzten Uranressourcen. Die technologische Entwicklung lässt heute dezentrale Energiesysteme zu. Denen gehört die Zukunft. Und sie sind das Gegenteil der kapitalintensiven und unflexiblen Struktur der großen Atomkraftwerke.

- Kein Atomkraftbefürworter kann den Widerspruch auflösen, die Atomkraft als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz anzupreisen, aber gerade diese Technologie für alle instabilen Länder der Erde, von denen es sehr viele gibt, ausschließen zu wollen.

- Auch zum Klimaschutz taugt die Atomkraft nicht, denn im Kern geht es nicht um einen Austausch der Brennstoffe, sondern um die drastische Reduktion des Energieverbrauchs und um die Marktöffnung für Newcomer. Beides wird heute durch die Verbundwirtschaft, deren Rückgrat in Deutschland die Atomkraftwerke sind, verhindert.

- Die Klima-Enquete des deutschen Bundestages hat schon 1990 (auf der Basis von mehr als 150 umfangreichen Studien aller führenden energiewissenschaftlichen Institute) nachgewiesen, dass die Atomkraft das

Klimaproblem nicht lösen kann und sogar moderne Energiedienstleistungen blockiert.

- Die richtige Formel heißt "Klimaschutz durch Atomausstieg", weil wir eine neue Struktur der Energieversorgung brauchen, die sowohl eine Nutzung der Effizienzpotenziale als auch eine Marktöffnung für die erneuerbaren Energien ermöglicht. Sie muss dezentral, flexibel und vernetzbar sein. Das ist die Atomkraft nicht.

- Die Energiedienstleistungen setzen sowohl auf der Angebots- wie der Nachfrageseite an. Die Effizienztechnologien kommen zu hohen Wirkungsgraden bei Wandlung und Nutzung von Energie. Das ist mit der Atomkraft nicht vereinbar, die über einen Wirkungsgrad von 30 Prozent nicht hinauskommt.

Insofern ist die Auseinandersetzung um die Atomkraft eine Auseinandersetzung zwischen altem und neuem Denken. Die Befürworter sind Anhänger einer Energie- und Technikphilosophie, die keine Zukunft haben kann. Entscheidend ist es, heute die Weichen für eine nachhaltige Energieversorgung zu stellen. Die, die heute die Atomkraft verlängern oder sogar neu beleben wollen, sind von gestern. Doch gerade unser Land ist nur dann stark, wenn wir die Zukunft antizipieren und dabei besser und schneller sind als andere.

Michael Müller © Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

und Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands

Macht Wechsel – Machtwechsel

Von der Macht des Verbrauchers zum Stromanbieterwechsel

Alle Macht geht vom Volke aus. Nicht nur zu Zeiten von Wahlen. Alle Macht geht vom Volke aus. Betrachtet man die Situation auf dem hiesigen Strommarkt, kommt man unweigerlich zu der Anschauung, dass hier eine Enteignung der Bürger, letztlich der Verbraucher, hin zu den vier großen oligarchen Konzernen Vattenfall, E.ON, RWE und EnBW stattgefunden hat. Diese vier Konzerne kontrollieren über 80% des Stromnetzes und über 70% der Kraftwerkskapazitäten, darunter alle 17 am Netz befindlichen bundesdeutschen Kernkraftwerke.

Dieser geballten Macht stehen die Verbraucher bisher noch mehrheitlich ratlos gegenüber, trotz dem sie in ihren Händen ein scharfes Schwert halten, welches bereits seit 1998 als konkret wirksames Instrument den Ohnmachtsstatus der

Stromkunden beendet hat. Die Macht der Verbraucher liegt darin, ohne großen Aufwand und ohne zusätzliche Kosten ihren Stromanbieter wechseln zu können. Von diesem machtvollen Instrument wird noch viel zu wenig Gebrauch gemacht. Erst langsam begreift die Kundschaft, dass sie nicht mehr zusehen muß, wie ihr Stromanbieter in immer kürzeren Abständen die Preise erhöht, oft mit der Begründung, die Strompreise an der Strombörse zu Leipzig seien gestiegen, während in den Medien die Berichte über Manipulationen der Preise und verbotene Absprachen nicht verstummen.

Auch die wissenschaftlich belegten und wahrlich dramatischen Aussichten auf den bevorstehenden Klimawandel durch den

Weltklimarat sowie die Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn und an Al Gore für dessen Bemühungen um die Aufklärung zu den Ursachen und Folgen der Klimaerwärmung lassen die Menschen aufhorchen. Immer deutlicher zeigt sich das Menetekel an der Wand unseres energiefressenden Zivilisationsstils. Immer klarer wird die Sicht darauf, dass es erdgeschichtlich nur noch Sekunden vor Zwölf sind, die uns verbleiben, um das Ruder herumzureißen, hin zu einer umweltverträglichen, zukunftsichernden, ressourcenschonenden Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien. Dies anzustoßen liegt in der macht der Verbraucher. Hier ist jeder und jede Einzelne aufgefordert, in seinem/ihrer privaten Lebensumfeld den kleinen Teil zum großen Ganzen beizusteuern, der ich oder ihr möglich ist. Mit dem Wechsel des bisherigen Stromanbieters hin zu einem ökologischen Anbieter, dessen Strom zu 100% aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, ist bereits viel gewonnen. Den Wandel schafft keiner alleine, aber wir alle gemeinsam schaffen ihn!

Seit 1998 haben erst etwa 570.000 Haushalte von etwa 38 Mio. Haushalten in der Bundesrepublik zu einem reinen Ökostromanbieter gewechselt. Andere Haushalte haben sich bisher für einen Ökotarif der großen Konzerne entschieden. Deren Tarife

sind jedoch oft nicht von unabhängiger Seite zertifiziert. Und eigentlich kommt es darauf an, dass die Geldströme von den Konzernen, die überhaupt atomare und fossile Energien zur Stromerzeugung nutzen, umgeleitet werden zu den Stromanbietern, die ihren Strom zu 100% aus erneuerbaren Energien gewinnen. Denn auch die Planungen für über 25 neue Kohlekraftwerke in Deutschland durch die großen Konzerne gehen völlig in die falsche Richtung.

So bietet beispielsweise das Zertifikat ok-Power, welches vom renommierten Öko-Institut in Freiburg, vom WWF und von der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen initiiert und ausgegeben wird, die jährlich neu geprüfte Bestätigung einer wirklichen Umweltentlastung bei der Herstellung des damit zertifizierten Stroms. Wird aus den Einnahmen zusätzlich noch ein Projekt zum Schutz des Regenwaldes unterstützt, wie es der Ökostromanbieter LichtBlick zusammen mit dem Verein „GEO schützt den Regenwald e.V.“ leistet, bietet das gute Möglichkeiten, den individuellen ökologischen Fußabdruck, den wir unserer Erde durch unser Verhalten aufdrücken, ein ganzes Stück zu verkleinern.

Wir halten die Welt in unseren Händen, und wir sind verantwortlich dafür, dass wir sie ganz sanft absetzen, damit ihr nichts passiert!

Martin Uebelacker

„Zwei Fliegen mit einer Klappe“ Ökostrom für Euch und 20 € für die Kasse der Naturfreunde OG Lauterbach

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

beunruhigen Euch nicht auch die Meldungen über den Klimawandel? Sicher versucht auch Ihr bereits, in Eurem privaten Umfeld einen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasen zu leisten. Aber habt Ihr vielleicht auch immer schon mal überlegt, auf Ökostrom umzusteigen und es bisher verpasst? Zum Jahreswechsel bietet sich jetzt eine gute Gelegenheit: Mit dem größten bundesdeutschen unabhängigen Ökostromanbieter LichtBlick, der Strom ausschließlich nur aus erneuerbaren Energien anbietet, haben wir vereinbart, dass der Naturfreunde Ortsgruppe Lauterbach für jedes Mitglied, das seinen Strombezug im Rahmen dieser Aktion hin zu LichtBlick wechselt, eine Prämie von 20 € erhält. So leistet Ihr einen nennenswerten Beitrag zur

Reduktion von Treibhausgasen und unterstützt die Naturfreunde bei wichtigen Projekten. Der zuständige Mitarbeiter von LichtBlick, Martin wird mit Euch Kontakt aufnehmen, um auf Wunsch alle Eure Fragen bezüglich des Ökostromes, der Modalitäten, des Preises und der Aktion zu beantworten.

Gern könnt Ihr Martin Uebelacker auch direkt erreichen unter Tel. (06659) 91 81 56 oder (0151) 59 96 57 78 sowie per email unter uebelacker.martin@web.de

Wie empfehlen dieses Angebot, und wären froh, wenn Martin Uebelacker Euch beraten dürfte.

Schöne Grüße und „Berg Frei“
Sabine Barteska, Vorsitzende

Geld ist genug da

Superreichtum der »oberen Zehntausend« in Deutschland hat enorm zugenommen. Steuergeschenke vergrößern Schere zwischen Armen und Vermögenden

Die Politik muss sparen«, erzählen uns Politiker aus CDU, SPD, FDP und Grünen. Sie meinen damit natürlich nicht ihre Diäten oder die Ausgaben für Rüstung und »innere Sicherheit«. Gnadenlos gekürzt wurde in den letzten Jahren vielmehr bei jenen, die wenig haben und sich schlecht wehren können. Man denke an die Einführung von Hartz IV und die damit verbundene Schikanierung von Arbeitslosen. Oder an die Einführung der Praxisgebühr, die manch Kranken davon abhält, einen Arzt aufzusuchen. Auch die dreiprozentige

Mehrwertsteuererhöhung belastet vor allem Geringverdiener. Und im öffentlichen Dienst sollen trotz jahrelanger Sparmaßnahmen noch immer Beschäftigte entlassen und die Löhne gedrückt werden. Eine Erhöhung des Arbeitslosengelds? Nicht finanzierbar! Höhere Ausgaben für Bildung? Leider kein Geld da! Mehr öffentliche Investitionen? Wer soll das bezahlen..?

Wer das bezahlen soll? Auf diese Frage gibt es eine Antwort: Die öffentliche Hand sollte das Geld dort holen, wo es im Überfluss vorhanden ist. Nach Angaben des Finanzmagazins Forbes gab es im Jahr 2007 weltweit 946 Milliardäre, deren Vermögen allein im Jahr 2006 um 35 Prozent auf 3,5 Billionen US-Dollar gestiegen war. In Deutschland leben etwa 55 Milliardäre, die zusammen 245 Milliarden US-Dollar besitzen. Allein die Aldi-Brüder nennen dabei Reichtümer in Höhe von 37,5 Milliarden US-Dollar ihr eigen. Die Familie Quandt kommt auf 24 Milliarden US-Dollar.

Im Durchschnitt sind wir alle reich. Das private Geldvermögen in Deutschland beläuft sich auf knapp fünf Billionen Euro. Rechnet man die Sachvermögen – Immobilien, Betriebsvermögen, Yachten, Autos usw. – dazu, erhält man die sagenhafte Zahl von zehn Billionen Euro.

Tendenz: schnell wachsend! Allein das Geldvermögen hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt – während die Reallöhne im selben Zeitraum gesunken sind.

Zwar besitzt im statistischen Durchschnitt jeder Haushalt in Deutschland ein Vermögen von etwa 200000 Euro. Aber die reale Verteilung ist extrem ungleich. Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung verfügen über wenig oder gar kein Vermögen. Dagegen besitzen allein die reichsten zehn Prozent der Haushalte mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens. Und



mehr als ein Viertel des Geldvermögens befindet sich in den Händen der reichsten 0,5 Prozent der Bevölkerung.

Vor allem der Superreichtum der »oberen Zehntausend« hat exponentiell zugenommen. Dafür sorgen zum einen die Gesetze des Kapitalismus. So kommt die aktuelle Gewinnexplosion bei Unternehmen vor allem dem reichsten einen Prozent der deutschen Bevölkerung zugute, in deren Depots sich über 70 Prozent der von Haushalten gehaltenen Aktien stapeln.

Für die Verschärfung der Ungleichheit ist allerdings auch die herrschende Politik verantwortlich, die die Reichsten durch

Steuergeschenke zusätzlich mästet und so die Verteilungskontraste weiter vergrößert. So sind zwischen 2000 und 2005 unter der SPD-Grünen- Bundesregierung die Gewinn- und Vermögenseinkommen um 31 Prozent gestiegen, während die gezahlten Steuern auf diese Einkommen um knapp zehn Prozent zusammenschrumpften.

Allein im Jahr 2007 werden voraussichtlich 150 Milliarden Euro vererbt. Doch obwohl solch enorme Reichtümer die Hände wechseln, spielt die Erbschaftssteuer in Deutschland gerade mal 3,8 Milliarden Euro ein. Dies ist sehr wenig, wenn man es mit anderen europäischen Ländern vergleicht. In Belgien oder Frankreich macht das Aufkommen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer mehr als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. In Deutschland liegt der Anteil dieser Steuern am BIP nur bei 0,19 Prozent und wird nach Inkrafttreten der kürzlich beschlossenen Erbschaftssteuerreform absehbar weiter sinken. Würden Erben in Deutschland so hoch besteuert wie in Frankreich, hätte der Fiskus zwölf Milliarden Euro mehr zur Verfügung.

In Deutschland wurde die Vermögenssteuer 1996 von Exbundeskanzler Kohl kurzerhand ausgesetzt – nachdem das Bundesverfassungsgericht sich beschwert hatte, dass Immobilienbesitz im Vergleich zu anderen Vermögensarten steuerlich begünstigt werde. Seit Jahren verspricht die SPD, die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Eingelöst wurde das Versprechen nicht. Dabei würde schon ein Steuersatz von einem Prozent ausreichen, um Mehreinnahmen von knapp 16 Milliarden Euro pro Jahr zu generieren – bei einem Freibetrag von 500000 Euro für eine vierköpfige Familie.

Besser noch wäre eine Steuer von fünf Prozent auf alle Geldvermögen, die die Grenze von einer Million Euro überschreiten. Eine solche Steuer würde allein über 100 Milliarden Euro pro Jahr in die öffentlichen Kassen spülen. Und sie träfe ausschließlich Haushalte, die im Geld schwimmen und ihr Vermögen wohl kaum selbst erarbeitet haben.

S.W.



Schmittbergfest 2007



Gesehen auf dem Ostermarsch 2007 in Ffm

Landtagswahlen in Hessen

In Wahlkämpfen wird polarisiert, und das ist gut so: auf diese Weise können Alternativen sichtbar werden (falls sie denn bestehen). Dabei hat die Opposition eine Bringschuld: Sie muss sagen, was sie anders machen würde als die Regierung. In Hessen sind zunächst die Ebenen zu unterscheiden,

für die Forderungen gestellt werden. Die gegenwärtige Landesregierung hat das Klinikum Mittelhessen privatisiert und Studiengebühren eingeführt. Eine Opposition, die dies ablehnt, wird beide Entscheidungen revidieren müssen. Das ist unterschiedlich schwierig. Ent-Privatisierung des Klinikums Mittelhessen würde bedeuten, dass ein gültiger Kaufvertrag aufgehoben wird. Das geht nicht ohne die Käuferin, hier: die Rhön AG. Sie dürfte keinen Anlass haben, den Erwerb wieder rückgängig zu machen. Und falls sie dazu bereit wäre, würde es teuer: Es müsste über den Preis beim Rückkauf verhandelt werden, und der dürfte dann oberhalb der Kosten des Erwerbs liegen. In diesem Punkt hat die Regierung Koch also Tatsachen geschaffen, die auch durch eine neue Koalition nicht so schnell rückgängig gemacht werden können.

Anders steht es mit den Studiengebühren. Wie berechtigt der Optimismus ist, der Staatsgerichtshof werde sie kippen, weiß zur Zeit niemand. Umso strikter müssen diejenigen Oppositionsparteien beim Wort genommen werden, die versprechen, sie würden die Studiengebühren wieder abschaffen, falls sie an die Regierung kommen. Sie könnten folgendes Problem haben: In den hessischen Hochschulen ist man schon begeistert dabei, die neuen Einnahmen zu verteilen. Wer ihnen diese Quelle verschließt, wird ihnen die gleiche Summe, an die sie sich fix gewöhnt haben, aus dem Staatshaushalt wiedergeben müssen. Ähnlich steht es in der Schulpolitik. Die "Unterrichtsgarantie plus" erwies sich als Flop. Wer Hessen wieder vorn haben will, muss reguläre Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Das kostet.

Gleiches gilt für die Forderung nach einem Ausbau der Vorschulerziehung. Sinnvoll wäre die Übernahme der skandinavischen Vorbilder. Auch sie ist finanziell aufwändig.

Wer also sinnvolle, aber kostspielige Forderungen aufstellt, muss Vorschläge für die Einnahmen machen. Damit kommen wir auf das Gebiet der Steuerpolitik, und die ist nicht nur Ländersache. Ohne die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, einer wirksamen Erbschaftssteuer und einer steileren Progression bei der Einkommensteuer ist hier nichts zu leisten. Das ist im Wesentlichen Bundessache. Für eine neue Landesregierung kann dies aber nicht als Ausrede dienen. Immerhin hat Hessen auch im Bundesrat mitzureden. Kernpunkt eines glaubwürdigen Oppositionsprogramms müssen also Vorschläge zur Steuerpolitik sein.

Sonst kann man alles andere vergessen. Da im föderalen System eine Landesregierung immer auch

Bundespolitik macht, ist es richtig, wenn bei der Landtagswahl auch Themen zur Sprache kommen, die Bundessache sind. Hierzu gehört die Organisation der sozialen

Sicherungssysteme. Wer im Wahlkampf eine umfassende Bürgerversicherung vorschlägt, kündigt damit zugleich an, im Bundesrat eine Initiative hierfür zu ergreifen. Hartz IV und die Rente mit 67 können nicht auf Landesebene abgeschafft

werden. Aber es ist sinnvoll, sie auch im Landtagswahlkampf zu thematisieren: Schließlich sind sie in der Vergangenheit im Bundesrat mit ausgehandelt worden. Damit kommen wir allerdings an eine heikle Stelle. Die beiden Volksparteien, die sich in Hessen als Regierung und Opposition gegenüberstehen, koalieren auf Bundesebene.

Noch in der rotgrünen Zeit haben sie im Bundesrat die Stützung des Sozialstaats vereinbart. Wer in der zweiten Volkspartei jetzt in Hessen dagegen opponiert, sagt sich von einer Politik los, die die eigene Partei in Berlin weiterhin betreibt. Diese Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist unvermeidlich.

Ökonomie hantiert mit knappen Gütern. Man hat sich angewöhnt, auch die Politik als eine Art Markt anzusehen. Hier gibt es ein Gut, das besonders knapp ist: Glaubwürdigkeit. Ist sie verspielt, kann sie nur schwer erneuert werden.

G.F.

Rückblick : Klausurtagung zur Jahresplanung 2008 im Naturfreundehaus im Hochtaunus vom 9.11. 2007

Schnee am Kilimandscharo, nein im Hochtaunus, das gibt's doch gar nicht – am 9. November ! Nächstes Jahr muss die Klausurtagung aber im Juli stattfinden...

Nach ein paar Ehrenrunden durch den nächtlichen, leicht verschneiten Wald, finden wir am Freitagabend das zentral gelegene Naturfreundehaus namens Homburger Haus irgendwo im tiefen Tann ... Drinnen ist es gemütlich. Sabine, Marlene, Hildegard, Frank, Buddy und Dieter sitzen mit dem Wirt beisammen, und das Essen, das größtenteils bereits verspeist ist, wird sehr gelobt. Ich genehmige mir einen Sauerbraten, er zergeht auf der Zunge! Der Abend klingt gemütlich aus, und die Manöverkritik, die verschieben wir erst mal auf Morgen ...

Samstagmorgen entsteht bei mir eine leichte Geschäftigkeit. Geburtstagsgeschenk für Norbert aus dem Versteck ziehen, wo ist die Kerze?? Kuchen hab' ich doch auch gebacken, oder? Schließlich ist alles beisammen, auch eine Karte eilends von allen unterschrieben, und es wird gesungen. Wir können doch alle singen und wollen doch auch eine Gesangsgruppe gründen, na ja, das „Happy Birthday“ klingt so schräg wie bei jedem Geburtstag. Norbert ist natürlich froh, dass er nicht mitsingen muss. Mein Kuchen wird von Buddy kritisch getestet, aber dann doch für verzehrenswert gefunden.

Um 9.30 Uhr geht's los. Sabine hat sich gut vorbereitet und lässt sich auch von Änderungs-wünschen und sonstigen Bemerkungen nicht aus der Ruhe bringen. Bis Mittag sind wir mit Kritik, Verbesserungsvorschlägen und neuen Plänen schon recht weit gekommen. Am späten Vormittag kommt Uwe noch dazu und bereichert unsere Runde mit seinen Ideen. Draußen hat es aufgehört zu schneien, aber so richtig gemütlich ist es nicht. Kurz, die meisten haben keine Lust bei diesem tiefgekühlten, nassen Wetter nach draußen zu gehen und lassen sich lieber Friedels gutes Essen schmecken. Friedel ist der Wirt, aber ob er auch Koch ist, glaube ich eher nicht.

Am Nachmittag wird die Debatte etwas hitziger, wir nähern uns dem heißen Eisen „Schmittbergfest“ und beschließen – es auf Morgen zu vertagen. Die übrige Planung geht reibungslos weiter und als es dunkel wird, ist das Programm für das nächste Jahr in groben Zügen schon festgeklopft. Norbert und ich setzen uns für eine Weile ab, um Daniel zu holen. Danach sitzen wir wieder wie gehabt bei unseren Getränken oder spielen zumsanne. Es zieht uns wieder nicht so wirklich nach draußen oder in die tosende Großstadt Frankfurt.

Sonntagmorgen steht dann endgültig und unausweichlich das Schmittbergfest auf dem Programm. Wie schon öfter, geht es darum, ob das Fest wieder stattfinden soll oder nicht. Es macht viel Arbeit, und der Platz an der Sonne auf dem Schmittberg ist abgelegen, bietet wenig Infrastruktur und hat trotzdem seinen Preis. Viel ungesehene Arbeit und Sprit gehen drauf, weil oft viele Male hin und hergefahren werden muss. Auch die Vorbereitung des Fußballspiels geht praktisch nie reibungslos vonstatten. Es wird ein anderer Standort diskutiert. Ganz ausfallen lassen will es eigentlich keiner. Das Fußballspiel ist einfach ein Highlight für die Behinderten. Wir warten die Mitgliederversammlung bis zur endgültigen Entscheidung ab.



Ein letztes Mal genießen wir die bereits bewährte Hausmannskost. Sabine kann sich

aber einige Bemerkungen im Gästebuch über die Sauberkeit und den Zustand des Hauses nicht verkneifen. Renovierungsbedürftig ist es schon, aber gefallen hat es uns dort trotzdem.

Bis zum nächsten Mal, mit hoffentlich ein paar mehr Klausuristen (oder so ähnlich) ...

Eure Anna

Fair Trade

Der Ansatz von Fair Trade (»gerechter Handel«) beruht auf der Annahme, dass ungerechte Handelsbeziehungen (Gerechter Welthandel) eine wesentliche Ursache von Unterentwicklung sind. Die Verschlechterung der Terms of Trade, bei der Entwicklungsländer für ihre Primärgüter (Rohstoffe, Kaffee, usw.) immer weniger an verarbeiteten Produkten aus den Industrieländern bekommen, führt demnach dazu, dass sie immer ärmer werden. Bildhaft gesprochen heißt das bspw., dass ein Kaffeebauer 1980 vier Kilogramm, 2002 aber zehn Kilogramm Kaffee verkaufen musste, um ein Schweizer Taschenmesser kaufen zu können. Das Machtgefälle innerhalb der Vertriebsketten kommt durch die Dominanz von wenigen Handelshäusern in den Industrieländern zustande und führt dazu, dass die kleinbäuerlichen ProduzentInnen oder die PlantagenarbeiterInnen einen sehr geringen Anteil des Verkaufspreises erhalten.

Initiativen für gerechten Handel entstanden Anfang der 1970er Jahre im Rahmen der Solidaritätsbewegungen mit der so genannten Dritten Welt. Hunderte von Gruppen, oft aus kirchlichen Zusammenhängen, nahmen direkte Handelsbeziehungen mit lokalen ProduzentInnengruppen auf, um deren Produkte dann in (»Dritte«- oder »Eine«-)Welt-Läden zu verkaufen. Durch Ausschaltung der großen Handelsketten und über Solidaritätspreise sollten die ProduzentInnen eine »gerechte« Entlohnung erhalten und dadurch in die Lage versetzt werden, sich selbst zu »entwickeln«. Dominierten zunächst Handwerksprodukte (»Jute statt Plastik«), wurden mit der Entstehung professioneller Vertriebsnetze wie Gepa (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt, 1975 gegründet) Nahrungsmittel wie Kaffee dominant. Die Fair Trade-Bewegung war bewusst politisch ausgerichtet: Das Trinken des berühmtesten Fair Trade-Kaffees aus Nicaragua drückte eine antiimperialistische Grundhaltung aus. Fairer Handel hat mittlerweile, gemessen an Umsatz und Anzahl der Beteiligten, einen Siegeszug

angetreten. Um die 800 Welt-Läden verkaufen Fair Trade-Produkte in Deutschland (Österreich: 100; Schweiz: 300), der europaweite Umsatz hat sich in den letzten fünf Jahren fast verdreifacht. Der Boom ist vor allem auf die Entwicklung von Gütesiegeln bzw. Markenzeichen wie TRANSFAIR oder FAIRTRADE zurückzuführen. Fair Trade-Kaffee wird deutschlandweit in über 27.000 Supermärkten angeboten, u.a. durch Karstadt, Tengelmann und Kaisers. Doch gerade das Erfolgsprodukt Kaffee zeigt auch klare Grenzen auf: Trotz seines Einzugs in die Supermärkte hat fair gehandelter Kaffee nur einen Marktanteil von 1,2% in Europa. An den grundlegenden Abhängigkeiten hat sich nichts geändert: So verloren in den vergangenen zehn Jahren Hunderttausende von KaffeebäuerInnen ihre Existenz, weil durch eine weltweite Überproduktion durch zusätzliche Anbieter (v.a. aus Brasilien und Vietnam) und die Macht der fünf großen Kaffeekonzerne, die den Markt beherrschen (Kraft, Nestle, Sara Lee, Procter & Gamble und Tchibo), die Kaffeepreise für die ProduzentInnen auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren sanken.

Eine Antwort auf das Nischenproblem sucht die Fair Trade-Bewegung in Kampagnen für eine faire Handelsarchitektur, die insbesondere in der »Make Trade Fair«-Kampagne von Oxfam zum Ausdruck kommt. Nach der Maxime »Trade not Aid« setzt sich Oxfam für eine erfolgreiche Doha-Runde der WTO ein, bei der ein gerechter Marktzugang zu den Agrarmärkten des Nordens (v.a. Abbau der Subventionen) »Millionen aus der Armut heben« sollte. Die Kampagne löste heftige Debatten aus. Walden Bello (Focus on the Global South) warf Oxfam vor, die Handelsliberalisierungsagenda der WTO grundsätzlich zu akzeptieren, einem exportorientierten Entwicklungsmodell anzuhängen, das den KleinbäuerInnen des Südens eher schadet, und die Bewegung gegen die WTO zu spalten (-> De-Globalisierung).

Das Dilemma der Fair Trade-Bewegung wird in der Zusammenarbeit zwischen TRANSFAIR und dem Lidl-Konzern deutlich. Zwar werden so mehr

Fairtrade-Produkte verkauft, die Initiative legitimiert aber gleichzeitig einen Protagonisten der kapitalistischen Globalisierung und zementiert somit strukturelle Ausbeutung im Welthandelssystem. Auch im Bundestag wird Gepa-Kaffee getrunken, eine faire Handelspolitik betreibt er dadurch aber trotzdem nicht. Statt die Fair Trade Bewegung zu einer Lifestyle- und Konsumentenscheidung von Besserverdienenden zu entpolitisieren, brauchen wir eine Rückbesinnung auf die emanzipatorische Sprengkraft, die im konkreten Projekt den Schrei gegen ein menschenverachtendes Handelssystem mit der Vision einer menschenwürdigen Alternative verband.

Oliver Pye

Impressum:
- basalt -
das Zentralorgan der
NaturFreunde Ortsgruppe
Lauterbach erscheint
vierteljährlich
Gerne veröffentlichen wir auch
Deinen Beitrag
Redaktion: Hubert Barteska;
Uwe Zасhel;
Anna Schindhelm

Redaktionsschluss für die
nächste Ausgabe:
Sonntag, 23.03.2008

Kontakt:
nflauterbach@aol.com

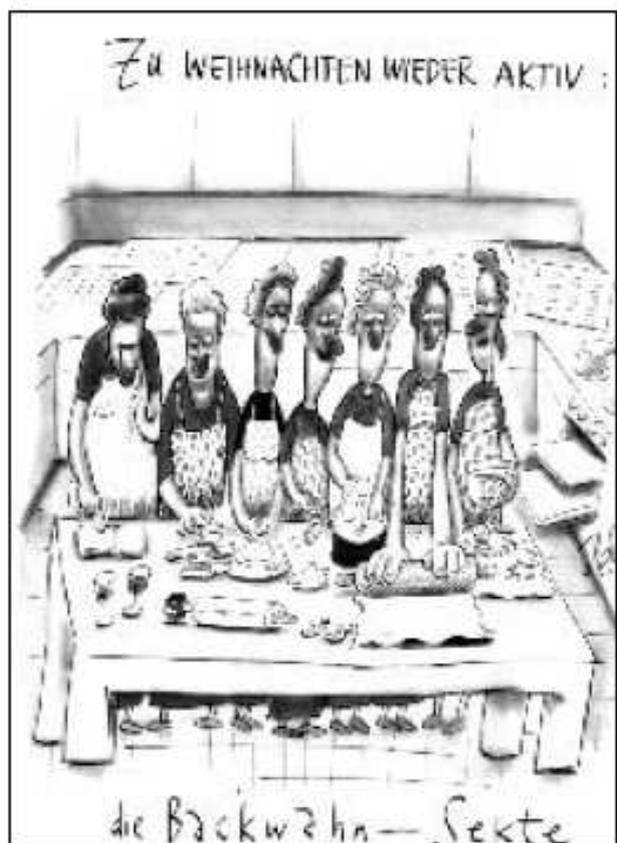
Alle Jahre wieder...

geht es in die Weihnachtsbäckerei nach Poppenhausen. Auch dieses Jahr fanden sich zahlreiche kleine und große Weihnachtsbäcker. Als erstes stand natürlich das Händewaschen auf dem Plan...denn schon draußen wurden eifrig die Ponys, die zu Besuch waren, begutachtet und gestreichelt. Und wer möchte schon Plätzchen oder Lebkuchenhäuschen mit Ponygeschmack.

Danach wurden die Schürzen verteilt...anmutig und schön...diese Farben...und diese Passgenauigkeit...immer wieder ein Vergnügen. Nachdem die Modenschau vorbei war gab es noch einmal ein kurze Einführung in die Wissenschaft des Häuserbauens...kleine Schablone Wand...große Schablone Dach...oder doch umgekehrt??? Egal...was nicht passt, wird passend gemacht! Und so begannen die großen Meisterwerke.

In der Zwischenzeit kämpften die Plätzchenbäcker mit dem Teig...immer wieder Ausrollen...immer wieder Ausstechen...nach einer Weile war das Routine und die Plätzen flogen nur so auf die Bleche, die gleich darauf in dem großen Ofen verschwanden. Auch die Einzelteile der Lebkuchenhäuschen waren inzwischen der Hitze des Ofens wieder entkommen...und so ging es für die kleinen und großen Handwerker los, die Häuschen mit leckerem Zuckerguss zusammen zu zimmern. Während der Zuckerguss trocknete und die Plätzchenbäcker die ersten Plätzchen fertig hatten gab es eine Stärkung in Form von Pizza und Zwiebelkuchen. Hmmm....

Frisch gestärkt war nun das Verzieren und Schmücken der Häuschen an der Reihe.



Schokolade hier...Gummibärchen dort...noch ein bisschen Zuckerguss da...und schon war das Häuschen fertig...naja...nicht ganz so schnell...denn gute Dinge brauchen immer ihre Zeit.

Hmm...Moment mal da liegen ja noch Schokoladenmännchen auf dem Verzierungsteller ...egal...die werden kurzerhand ins Häuschen gestopft...schließlich

muss da ja auch jemand drin wohnen. Und wenn nichts mehr rein gepasst hat...dann nascht man das eben so...wir haben doch gelernt...das man den Teller leer essen muss. Schließlich wollte keiner am schlechten Wetter am nächsten Tag schuld sein.

Auch bei den Plätzchenbäckern steuerte man auf die Zielgerade zu...Marmeladenringe, und Butterplätzchen waren fertig...Vanillekipferl und Spritzgebäck schon in der Endrunde...fehlt jetzt nur noch das Bad in Puderzucker für die Kipferl und der Schokomantel für das Spritzgebäck. Und während dies geschah wurden noch Naschbeutel an die Kleinen verteilt.

Rundum kann man sagen, das es wieder mal ein großen Spaß gemacht hat und ich sicherlich auch nächstes Jahr wieder dabei sein werde, denn zu meinem bedauern waren die Plätzchen schon nach einer Woche alle. Das Häuschen hätte vielleicht länger überlebt... da denkt man nämlich zweimal nach, ob man das kleine Eigenheim zerstört oder nicht. Der ein oder andere von euch hat bestimmt schon ein kleines Dorf bei sich zu hause stehen...und wer gerne eine Stadt daraus machen möchte, meldet sich einfach wieder im nächsten Jahr zur himmlischen Weihnachtsbäckerei an!

Mareen Barteska

NaturFreunde besuchten Gedenkstätte Hadamar

Am 18.11.2007 unternahm die AG "Erinnern und Gedenken" der NaturFreunde Ortsgruppe Lauterbach gemeinsam mit einer Abordnung



des DRK Grebenhain eine Exkursion in die Gedenkstätte Hadamar im heutigen Zentrum für soziale Psychiatrie zur Erinnerung an die Opfer der NS - "Euthanasie"-Verbrechen. Etwa 15000 psychisch Kranke und geistig oder körperlich behinderte Menschen sind zwischen 1941 und 1945 in der damaligen "Heil- und Pflegeanstalt" von Ärzten, Krankenschwestern und-Pflegern ermordet worden - anfangs in der Gaskammer, später in den Krankenbetten mit Überdosen von Beruhigungsmitteln und Morphiumspritzen.

Das Foto (zeigt die Teilnehmer auf dem Friedhof wo ca. 5000 Ermordete aus der zweiten Phase der Euthanasie-Morde 1942 - 45 in Massengräbern verscharrt wurden.

Weitere Informationen aus und über unsere Ortsgruppe im Internet unter:

www.naturfreunde-lauterbach.de

Anregungen und Ideen,Fragen bzw.sonst noch was kären ?

Kontakt:

Nf-Lauterbach; Sabine Barteska; Vorsitzende; Auf dem Weiher 35; 36367 Wartenberg

Email: nflauterbach@aol.com Tel.: 06641 62194



Rock gegen Rechts

Am 03. November fand **Rock gegen Rechts** in der Aula der Vogelsbergschule statt. Es traten 5 Gruppen auf. Vorbereitet und durchgeführt wurde diese Veranstaltung von RAR mit Unterstützung der Naturfreunde, des DGB und dem Arbeiterkulturkartell Vogelsberg.

Über 250 Jugendliche rockten bis in die frühen Morgenstunden unter dem Motto: „Gegen Hass und Gewalt – Keinen Fußbreit den Faschisten!“.

Besonderer Dank gilt wieder Mal Norbert Ludwig von der Vogelsbergschule ohne dessen Mithilfe eine Veranstaltung in dieser Art an diesem Ort nicht stattfinden könnte



Jahresabschlussfeier

Zu einer kleinen Feier am Jahresende trafen sich mehrere Mitglieder am 15. Dezember im Schützenhaus.

Fast jeder hatte eine Kleinigkeit mitgebracht, Kuchen und Kekse, Mandarinen oder Nüsse, Kaffee und Kakao, für jeden Geschmack war etwas dabei. Rege Gespräche über vergangene Veranstaltungen und künftige Ereignisse fanden während dieses Treffens statt.

Am Jahresanfang wurde ein Fotowettbewerb zum Thema Wasser ausgerufen, die eingereichten Bilder wurden ausgestellt und jeder Besucher unserer Feier stimmte ab, welches Bild das Schönste ist. Jeder hatte 3 Punkte zu vergeben, das Bild mit den meisten Stimmen wurde das Siegerbild. Sonnenuntergang am See von Marlene fotografiert machte das Rennen.



Dafür erhielt sie einen Gutschein für eine Übernachtung im Naturfreunde- Anschlusshaus „Maria Rain“ im Allgäu.

Aktivitäten im NF-Haus - Was passiert sonst noch ???

Es treffen sich einige Mitglieder unserer Ortsgruppe um gemeinsam zu musizieren. Vielleicht gelingt es, eine kleine Songgruppe ins Leben zu rufen. Die Gruppe trifft sich nach Absprache. Bisher wurde montags vor dem Stammtischtreff im Schützenhaus geprobt. Wer Lust und Zeit hat mitzusingen, kann sich mit Uwe, Frank, Anna oder Marlene in Verbindung setzen.



Bastelgruppe

Bisher trafen sich interessierte Frauen mittwochs ab 19.00 Uhr zum gemeinsamen Basteln, Stricken und Malen im unserem

NaturFreundehaus am Busbahnhof. So entstanden schon einige kleine „Kunstwerke“, die als Weihnachtsgeschenke anderen Freude bereiteten.

Unser Programm 2008

Stand 03.01.2008

09.01.2008	Vorstandssitzung im NF-Haus
18.01.2008	Kann den Jubeln Sünde sein – Frauen unter Hitler – Frauenkabarett in der Aula der Vogelsbergschule, Lauterbach (Veranstaltung gemeinsam mit AKK + Kulturverein; NaturFreunde u. DGB)
26.01.2008	Winterwanderung über Sassen – Steinberg nach Angersbach Treffpunkt 11:00 Uhr am NF-Haus (Busbhf. LAT)
10.02.2008	Bezirkstreffen (Ort noch offen)
08.03.2008	Internationaler Frauentag (Filmveranstaltung „Bred and Roses“ im Lauterbacher Lichtspielhaus)
12.03.2008	Vorstand im NF-Haus
28.03.2008	Jahreshauptversammlung im Ochsen; Rechenschaftsbericht etc. Schwerpunktthema: Jugend – was geht ?
24.03.2008	Ostermarsch Frankfurt am Main, Fahrgemeinschaft n. Offenbach
20.04.2008	naturfreundliche Vogelwanderung mit Klaus und Fernglas

26.04.2008	Anpaddeln
... Fortsetzung Programm 2008	
30.04.08	Rock in den Mai
01.05.2008	DGB – Maikundgebungen in Alsfeld und Schlitz
22.-25.05.08	Mit Kanu und Fahrrad Familien WE in (Ort wird noch offen – Vorschläge bitte an den Vorstand od. direkt an Sabine email: sbarteska@aol.com)
14.-15.06.08	Fahrradtour in der Heimat evtl. Rhön (verantw. FG Bike)
Im Juni bzw. nach Absprache wird es einen Wildwasserlehrgang beim Kanuclub in Sömmerda für Anfänger und Fortgeschrittene geben. (verantw. Mike Poschen; Buddy)	
Außerdem gibt's Sommernachtskino evtl. m. Schröders Roadshow u. Ton Steine Scherben wir sind für Anregungen dankbar. (nflauterbach@aol.com)	
Juli 08	Ferienspiele der Stadt Lauterbach – unsere Beteiligung wie bisher
06.08.2008	Vorstand im NF-Häuschen
14.-17.08.08	Saale -Wochenende der NF Langenselbold – Kanu u. Fahrrad
22.-24.08.08	Schmittbergfest falls es zur Realisierung kommt.
01.09.2008	Antikriegstagsveranstaltung
03.10.2008	Herbstwanderung
04.10.2008	Abpaddeln der Fachgruppe Wassersport
15./16.11.08	Fahrt zum KZ Nordhausen/Dora (Ag Erinnern u. Gedenken, AKK; Ltg Marlies Gräfe)
06.12.2008	Weihnachtsbäckerei
13.12.2008	Jahresabschlussfeier

Dies ist der Programmwurf auf der Grundlage von Mitgliedern unserer Ortsgruppe eingebrachten Anregungen und deren Diskussion auf unserer Klausur im November 2007.
Selbstverständlich werden weitere Vorschläge und Anregungen dankbar angenommen.

Eine gute Möglichkeit sich einzubringen, besteht im Rahmen unseres jeden Montag im Lauterbacher Restaurant „Agbaba“ immer ab 20:00 Uhr stattfindenden Stammtisches. Nicht nur für Mitglieder.



KABARETT mit Gisela Marx und Dorrit Bauerecker:

„Kann denn Jubeln Sünde sein?“

am 18. Januar, um 19.00 Uhr

in der Aula der Vogelsbergschule, 36341 Lauterbach,
Lindenstraße

Eintritt 7,-

Das Programm des Generationenkomplotts „Kann denn Jubeln Sünde sein“

beschäftigt sich mit Frauen unter Hitler und lädt so zu einem geschichtlichen Rückblick ein.

Mit ihrer Revue geben sie Einblick in die Medienwelt des Jahres 1936, informieren über die Tradition der „deutschen Mutter“ von 1860 bis 2007, erklären, wie Oma und Enkelin die NS-Zeit erlebten und bringen die Zuschauer auch zum Lachen beim Darstellen der Widersprüche im Macho-Frauenbild der Nazis.

Diese groteske Zeitreise gibt den Blick frei auf das Bewusstsein der Frauen im Nationalsozialismus und stellt die heiße Frage: Warum haben Millionen Frauen gejubelt?

Zwei Frauen wie Sie unterschiedlicher nicht sein könnten: Gisela E. Marx, Schauspielerin, schreibt, montiert, spielt, spricht und singt. Dorrit Bauerecker, Musikerin, arrangiert und spielt Klavier und Akkordeon.

Kooperationsveranstaltung des Arbeiterkulturkartells Vogelsberg mit Kulturverein Lauterbach e.V. ,den

NaturFreunden Lauterbach und dem DGB Kreis Vogelsberg

Allen Genossinnen und Genossen,

ob jung oder alt, die im I. Quartal Geburtstag haben, gratulieren wir ganz herzlich!

Für ´s neue Lebensjahr wünschen wir Gesundheit, Erfolg und wenigstens ein bisschen Freude an jedem Tag!

Liebe Wassersportfreunde,

Unser diesjähriges Anpaddeln findet vsl. am 26.04. 2008. (je nach Wetterlage).
Weitere Infos hierzu und auch weitere Paddelaktivitäten demnächst unter:

www.naturfreunde-lauterbach.de od. 0 66 41 / 62 19 4 (buddy)



Einladung zur Mitgliederversammlung

Wir laden Euch zu unserer nächsten Jahreshauptversammlung ein.

am Freitag dem 28. März 2008

ab 19.00 Uhr in der Gastwirtschaft „Zum Ochsen“

in 36341 Lauterbach, Rockelsgasse 44

Tagesordnung:

- Eröffnung und Begrüßung
- Bericht der Vorsitzenden und Aussprache
- Bericht der Kassiererin und Aussprache
- Bericht der Revision
- Anträge und Vorschläge
- Sonstiges (u. a. Informationen vom Landesvorstand)

Im Anschluss an die Regularien wollen wir uns mit dem Thema:

„ Jugend – was geht ?“

beschäftigen.

Wir erhoffen eine rege Diskussion vor allem mit Jugendlichen unserer Ortsgruppe.

Also, um zahlreiches Erscheinen aller Altersklassen wird gebeten.

Mit naturfreundlichem Gruß

Berg frei

Sabine Barteska